
Montag 23. November 2015

UN-Experte Bielefeldt: "Religionsfreiheit ist unter Druck"

Menschenrechtsexperte und UN-Sonderberichterstatter warnt nach dem IS-Terror in Paris vor einer Einschränkung der Religionsfreiheit - Stigmatisierung von Muslimen vermeiden

21.11.2015, 08:51 Uhr Österreich/Religionsfreiheit/Bielefeldt



Graz, 21.11.2015 (KAP) Der jüngsten IS-Terroranschläge in Paris dürften nicht zu einer Stigmatisierung von Minderheiten, insbesondere von Muslimen, führen - denn Religionsfreiheit bleibe ein Menschenrecht: Das hat der UN-Sonderberichterstatter für Religions- und Weltanschauungsfreiheit, Heiner Bielefeldt, bei einem Besuch in Graz betont. Der IS-Terror geschehe zwar im Namen des Islams, er vernichte aber neben Christen und Jesiden vor allem Muslime. Daher sei es "ganz wichtig, Stigmatisierungen zu vermeiden und bewusst gegenzuhalten", sagte der an der deutschen Universität Erlangen-Nürnberg lehrende Menschenrechtsexperte, der in dieser Woche auf Einladung des Welthauses der Diözese Graz-Seckau in der Steiermark war und dabei u.a. am Ökumenischen Jahresempfang im Grazer Landhaus teilnahm.

Das Menschenrecht auf Religionsfreiheit komme heute von zwei entgegen gesetzten Seiten unter Druck, erläuterte Bielefeldt. "Es ist dort bedroht, wo sich der Staat als Durchsetzungsinstanz religiöser Rechtsnormen versteht oder Politik im Sinne von nationaler Identitätspolitik auf Religion zugreift." Unter Druck komme das Menschenrecht aber auch, wenn unter dem Mantel der Religionsfreiheit die Religion als Störfaktor verstanden werde und nicht mehr in der Öffentlichkeit gelebt oder zu einer Konversion eingeladen werden könne, so Bielefeldt. "Zur religiösen Freiheit gehört nicht nur die Kultusfreiheit, sondern auch die Freiheit, über Glaubensformen offen zu reden und andere zum Glaubenswechsel einzuladen", hielt er fest. Zugleich betonte Bielefeldt, dass Religionsfreiheit auch ihre Grenzen habe und keinesfalls ein Freibrief für Gewalt, Hasspredigten oder Terror sei.

Beim Ökumenischen Jahresempfang erläuterte Bielefeldt am Donnerstagabend, dass das Menschenrecht auf Religionsfreiheit in vielen Regionen der Welt bedroht sei - wenn auch in unterschiedlichen Härtegraden. Als Beispiele nannte er die Vertreibung religiöser Gruppen aus Syrien und dem Irak, den Ausschluss der muslimischen Minderheit bei den Wahlen in Myanmar, aber auch die Diskussion um die Knabenbeschneidung in Deutschland und Österreich oder Gefängnisstrafen für Atheisten in Indonesien. Zugleich betonte Bielefeldt, dass "alle Religionsgemeinschaften das Potenzial haben, die Religionsfreiheit zu würdigen".

Auch der steirische Diözesanbischof Wilhelm Krautwaschl, der evangelische Superintendent Hermann Miklas und der Vorsitzende der Islamischen Religionsgemeinde in der Steiermark, Ali Kurtgöz, hoben die Bedeutung der Religionsfreiheit als wichtiges Element des Glaubens hervor. Als Vertreter des Außenministerium betonte Botschafter Peter Launsky-Tieffenthal die Bedeutung des religiösen Dialogs. Die weltweiten

Menschenrechtsverletzungen dürften nicht hingenommen werden.

<http://www.kathpress.at/>